

Ein neuer Anfang und kein Schlussstrich – Zum Urteil im ersten Strafprozess gegen den „Nationalsozialistischen Untergrund“

Eine der zentralen Erkenntnisse aus der Auseinandersetzung mit dem NSU-Komplex: den Betroffenen Glauben schenken und den institutionellen Rassismus, der die Betroffenen zu Täter*innen gemacht hat, bekämpfen!

„Für mich ist der Prozess enttäuschend, was herausgekommen ist. Da hätte viel mehr herauskommen müssen. Viele haben blockiert,“ sagt der Bruder des am 15. Juni 2005 in München vom NSU ermordeten Theodoros Boulgarides anlässlich des Prozessendes am 11. Juli 2018 am OLG München gegen Beate Zschäpe und vier Mitangeklagte.

„Politik und Gesellschaft müssen die Betroffenen des NSU auch in der Zukunft umfassend unterstützen. Das bedeutet im Fall der Familie V. konkret, sie finanziell angemessen zu entschädigen, damit sie wieder positiv in die Zukunft blicken kann“, Christine Umpfenbach, Beratungsstelle BEFORE.

„Aus Sicht der Angehörigen und der Betroffenen gibt es ein klares Signal an alle staatlichen Stellen: Der NSU konnte so lange morden, weil alle Institutionen sich weigerten, die Betroffenen als Opfer rechter Gewalt wahrzunehmen. Wer in Zukunft die weitere Stigmatisierung von eventuellen Opfern rechter Gewalt verhindern will, muss den institutionellen Rassismus in allen Behörden aufarbeiten,“ Siegfried Benker, Geschäftsführender Vorstand BEFORE.

München, 11. Juli 2018

Im Jahr 2009 beschloss Herr V., die Stadt in der er aufgewachsen war, zu verlassen. Vier Jahre zuvor war sein Bruder, Theodoros Boulgarides, in dessen Geschäft im Münchener Westend von unbekanntem Täter*innen mit drei Kopfschüssen ermordet worden. Danach wurden seine Familie und er von Sicherheitsbehörden und Medien, aber auch von ihrem unmittelbaren Umfeld, jahrelang zu Unrecht verdächtigt. Es hieß, sie ständen in Verbindung mit der organisierten Kriminalität, die auch für den Mord an seinem Bruder verantwortlich sei. In Folge der sozialen Ausgrenzung entschied er sich dazu, seine erfolgreiche berufliche Existenz aufzugeben und mit seiner Familie München zu verlassen.

Erst als im November 2011 die Existenz des NSU bekannt und der Mord der rechtsradikalen Terrororganisation zugeordnet wurde, fasste Herr V. den Entschluss zurückzukehren. In München musste die Familie wieder von Null anfangen und leidet bis heute unter den schwerwiegenden psychischen und finanziellen Belastungen. Die Beratungsstelle BEFORE begleitet die Familie V. im Umgang mit den Folgen der Tat. ***„Politik und Gesellschaft müssen die Betroffenen des NSU auch in der Zukunft umfassend unterstützen. Das bedeutet im Fall der Familie V. konkret, sie finanziell angemessen zu entschädigen, damit sie wieder positiv in die Zukunft blicken kann“,*** sagt Christine Umpfenbach, Beratungsstelle BEFORE.

Heute, am 11. Juli 2018, wird vor dem Oberlandesgericht München das Urteil im Prozess gegen Beate Zschäpe, Ralf Wohlleben, Carsten Sch., André Eminger und Holger Gerlach verkündet. Auch ein über fünf Jahre andauernder Strafprozess mit einer Vielzahl von Beteiligten hat nur wenig zur Aufklärung des NSU-Netzwerkes beigetragen. Die Liste der offenen Fragen der Betroffenen um die rechtsterroristische Mordserie, die rassistischen Bombenanschläge und die Raubüberfälle des NSU ist unverändert lang.

Die Hoffnungen auf Aufklärung hat der Prozess auch für den Bruder von Theodoros Boulgarides nicht erfüllt: *„Für mich ist der Prozess enttäuschend. Da hätte viel mehr herauskommen müssen. Viele haben blockiert.“* Diese Blockaden in Form etwa des begrenzten Anklagezuschnitts durch die Bundesstaatsanwaltschaft oder die Weigerungen des Gerichtes, Akten aus anderen Verfahren hinzuzuziehen, verhinderten eine weitergehende Aufklärung. *„Das Verhalten der Bundesanwaltschaft, die unter anderem die Nebenklagevertreter*innen wiederholt angriff, sowie der mitunter unsensible Umgang des Gerichtes mit Betroffenen im Gerichtssaal machten diesen die Teilnahme am Prozess noch schwerer als sie es ohnehin schon war,“* sagt Anja Spiegler, Beratungsstelle BEFORE.

Welche Rolle die Landesämter und das Bundesamt für Verfassungsschutz spielten, die im Umfeld des NSU dutzende Quellen besaßen, ist auch nach Prozessende weiterhin ungeklärt. Betroffener V.: *„Wir sind weit entfernt von einer „lückenlosen“ Aufklärung. Nachdem Akten geschreddert wurden im Verfassungsschutz und vieles verheimlicht wurde, habe ich von dem Gerichtsverfahren nicht so viel erwartet.“*

Die Auseinandersetzung mit dem NSU-Komplex als Beispiel gewalttätiger rechter Strukturen muss mit dem Ende des Prozesses einen neuen Anfang nehmen, fordert die Beratungsstelle BEFORE, die V. unterstützt. *„Alle Beteiligten und Unterstützer*innen des NSU-Netzwerkes müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Auf der Grundlage der Erkenntnisse aus dem Prozess muss die gesellschaftliche, politische und juristische Auseinandersetzung mit dem NSU jetzt mit langem Atem weitergehen,“* sagt Christian Ude, Erster Vorsitzender BEFORE e.V..

Die Involvierung von staatlichen Behörden in den NSU-Komplex, muss vollständig aufgeklärt werden, aus den Erkenntnissen über das Verhalten der zuständigen Stellen müssen strukturelle Konsequenzen gezogen werden. So sollte beispielsweise das V-Personensystem, das die Strukturen der rechten Szene in Deutschland gestärkt, ihre Radikalisierung befördert und den NSU-Komplex über sechsstelligen Zahlungen mitfinanziert hat, abgeschafft werden.

Der Fall des NSU hat bewiesen, dass es in Deutschland in der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Ausgrenzung und rechten Ideologien einen immensen „toten Winkel“ gibt. Rechtsradikale konnten jahrelang ihr mörderisches Weltbild in die Tat umsetzen und rassistische Morde, rassistische Bombenanschläge und brutale Raubüberfälle begehen, ohne dass Politik, Behörden und Zivilgesellschaft sie daran gehindert hätten. Betroffene hatten schon im Jahre 2006 öffentlich auf das rassistische Muster der Taten aufmerksam gemacht, doch ihnen wurde nicht zugehört. Damian Groten, Pressesprecher BEFORE: *„Der Fall des NSU hat gezeigt, dass es in der Auseinandersetzung mit Rassismus und rechtsradikalen Ideologien*

unerlässlich ist, dass wir die Perspektive der Betroffenen ernstnehmen und ihnen Gehör schenken. Nur mit dieser Betroffenenperspektive können wir Ausgrenzung und menschenfeindliche Gewalt erkennen und als Gesellschaft angemessen reagieren.“

„Aus Sicht der Angehörigen und der Betroffenen gibt es ein klares Signal an alle staatlichen Stellen: Der NSU konnte so lange morden, weil alle Institutionen sich weigerten, die Betroffenen als Opfer rechter Gewalt wahrzunehmen. Die Wahrnehmung der Morde als rechtsextreme Mordserie wurde durch den institutionellen Rassismus in den Behörden verhindert. Wer in Zukunft die weitere Stigmatisierung von eventuellen Opfern rechter Gewalt verhindern will, muss den institutionellen Rassismus in allen Behörden aufarbeiten. Solange dies nicht geschieht, wurde den bitteren Erfahrungen der Angehörigen in keiner Weise Rechnung getragen,“ Siegfried Benker, Geschäftsführender Vorstand BEFORE.

Ob in Form von rechter Gewalt oder als institutioneller Rassismus in den deutschen (Ermittlungs-)Behörden - die gewaltigen gesellschaftlichen Herausforderungen im Kampf gegen menschenfeindliche Einstellungen hat der NSU-Prozess eindrücklich vor Augen geführt. Der Unterstützung und Begleitung von Betroffenen sollte in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung zukommen. Die vollständige und lückenlose Aufklärung und Auflösung des NSU-Komplexes wäre ein wichtiges gesellschaftliches Signal an die Betroffenen.

„Wenn die Unterstützer und Mittäter des NSU nicht angemessen bestraft werden, ist das ja ein Freifahrtschein weiterzumachen. Dieses Thema NSU wird immer ein Thema bleiben. Menschen, die seit dreißig, vierzig Jahren hier in Deutschland leben und arbeiten sind ermordet worden auf diese Art und Weise, das wird in Erinnerung bleiben“, sagt Herr V., Bruder des durch den NSU ermordeten Theodoros Boulgarides.

Für Nachfragen und Interviewanfragen melden Sie sich bitte unter 089 462 24 670 oder presse@before-muenchen.de.